

Freie Presse

Bezugspreis:

In Lodz und nächster Umgegend wöchentlich 4 Mk. 50 Pf. und monatlich 16 Mk. Durch die Post bezogen kostet sie 16 Mk. monatlich. Donatoren werden nur nach vorheriger Vereinbarung gezahlt.

Eigene Vertreter in: Alexandrow, Bielitz, Czembo, Kallisch, Konin, Konstantynow, Lipno, Lublin, Lublitz, Rypin, Sosnowice, Tomaszow, Turek, Wloclawek, Zdanow, Zgierz.

Nr. 61

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Strasse 86

3. Jahrgang

Deutschland und Rußland.

Der „Ostdeutschen Presse“ wird aus Berlin geschrieben: Eine Meldung des Wolffschen Telegraphenbureaus teilte vor einigen Tagen mit, die deutsche Reichsregierung habe sich entschlossen, mit Herrn Wiktor Rogg aus Moskau, der zu diesem Zwecke von seiner Regierung nach Berlin entsendet worden sei, über den Austausch der beiderseitigen Gefangenen zu verhandeln. Der Nachdruck, mit dem dieser Entschluß angekündigt wurde, mußte auffallen; er klang wie eine Einladung zum Aufmerken, wie ein Versprechen, daß es sich um wichtigere Dinge noch handeln werde. Freilich ist es bereits eine Frage von größtem Belang, ob jetzt endlich das Glend der Gefangenen läßt und drüber ein Ende haben soll, und gewiß würde es sich schon ihrerwegen lohnen, Besprechungen anzuknüpfen, jedoch soll es wie gesagt, bei den Berliner Verhandlungen offenbar um mehr gehen und das wird jetzt auch ohne Umwege zugegeben. Der inzwischen eingetroffene Herr Wiktor Rogg selber ist es, der einem Vertreter des Vorwärts gegenüber die Frage, ob die gegenwärtigen diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland mit der Erleichterung der Gefangenensfrage erschöpft sein dürften, mit dem Hinweis verneinte, der hauptsächlich die Wünsche der Sowjetregierung sei es, mit Deutschland in freundschaftliche Verhältnisse zu kommen. Der Vorwärts nennt Herrn Rogg bereits, den neuernannten Vertreter Sowjetrußlands in Berlin.

Von der Anknüpfung regelrechter diplomatischer Beziehungen wird man darum allerdings noch nicht sprechen können, schon weil es an der Ernennung eines deutschen Vertreters in Moskau bisher fehlt, die Form aber ist unweifelhaft gegenüber der Tatsache, daß wieder ein geordneter Gedankenaustausch zwischen beiden Regierungen ermöglicht wird, Herr Wiktor Rogg sagte in der Unterhaltung, Rußland möchte mit Deutschland möglichst schnell in einem regen wirtschaftlichen Güterverkehr gelangen; denn das durch die gegenwärtigen und fremdlandische Blockade wirtschaftlich ungeheuer geschädigte Rußland bedürfte dringend deutscher Maschinen, deutscher Rohle, deutscher Medikamente und mehr noch deutscher Facharbeiter, Techniker und Organisatoren. Als Gegenwert werde es für Deutschland hochverehrte Rohstoffe zu bieten haben. Man werde aber nicht so töricht sein, Ware gegen Geld herzugeben, Rußland denke nicht daran, sich wie Deutschland an englischen Zigaretten fortzurauchen.

Wenn es also der russische Grundsatz sein soll, daß nur Ware gegen Ware ausgetauscht wird, dann hat Deutschland das Prinzip keineswegs zu befechten. Bei der nunmehr so deutlich gezeigten Klugheit der Sowjetregierung zur Anknüpfung normaler Beziehungen darf vollends bei uns die Zustimmung aller politischen und wirtschaftlichen Richtungen zum Einschlagen des Verhandlungsweges erwartet werden. Merklicher Widerstand erfolgt diese Zustimmung gerade von der entschiedensten Seite der nationalen Seite mit einer so fürstlichen Festigkeit, daß man auf Überfertigung erstaunen darf. Es ist die deutsche Haltung, die sich plötzlich jauchzend in die Arme der Sowjetrußland wußt. Das Blatt fordert von „mitteleuropäisch-asiatischen Völkern“ und es ruft aus: „Keine Parteilichkeit! Keine Sentimentalität! Große Russische Volk!“ Alle Achtung vor dieser Entwicklungsfähigkeit. Praktisch hat sie freilich keinen Wert, aber es gehört zu den Wesensmerkmalen dieser tollgewordenen Zeit, daß nach Schopenhauers Wort die Not so wunderliche Schlaganfälle machen kann.

Die deutschen Mehrheitssozialisten für Frieden mit Rußland.

Berlin, 29. Februar.

Die mehrheitssozialistische Fraktion der preussischen Landesversammlung hat einen Antrag eingebracht, in dem die Staatsregierung ersucht wird, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß sie in plangemäßer Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik auf friedliche und korrekte Beziehungen mit allen Staaten, insbesondere den Nachbarstaaten hinwirkt. Unter der Voraussetzung, daß Sowjetrußland auf eine Gleichstellung in die deutschen Verhältnisse verzichtet, soll auch mit Sowjetrußland wirtschaftliche und diplomatische Beziehungen möglichst rasch wieder aufgenommen werden.

men werden, ohne jedoch ein formelles Bündnis abzuschließen und den Frieden mit anderen Staaten zu gefährden. Die Mehrheitssozialisten sind also bereit, erheblich weiter zu gehen, als die Entente, die lediglich wirtschaftliche Beziehungen anzuknüpfen will, diplomatische aber ablehnt.

Polen und das Friedensangebot.

Warschau, 1. März. (Pat.)

Am Sonnabend fand unter dem Vorsitz des Ministers des Auswärtigen eine Ministerkonferenz statt, die der Organisation der Arbeit betreffend Verhandlungen mit den Staaten, die indirekt an einem Frieden mit Sowjetrußland interessiert sind, sowie den Verhandlungen mit Sowjetrußland gewidmet war. Es wurde beschlossen, einige Kommissionen zu bilden, die das bisher gesammelte Material sichten sollen.

Eine Erklärung Lenins.

Sankt Petersburg, 29. Februar.

Holländisch-Nieuws Bureau zufolge veröffentlicht „Daily Express“ eine Erklärung, die sein Kopenhagener Berichterstatter von Lenin erhielt. Lenin sagt darin über die Rückgängigmachung der Blockade, diese sei ein wichtiger Schritt in guter Richtung, denn dadurch erhalte Rußland die Möglichkeit, zum friedlichen Wiederaufbau überzugehen. Statt die durch die kapitalistischen Regierungen der Entente aufzunehmenden Kriege weiterzuführen zu müssen; Rußland werde fortan im Stande sein, sämtliche Kräfte für den Wiederaufbau des wirtschaftlichen Lebens zu benutzen. Bereits jetzt werde mit Hilfe einer Anzahl sachverständiger Leute eine Elektrifizierung im ganzen Lande vorgenommen. Lenin fügte hinzu, er betrachte die Entscheidung der Allierten als sehr wichtig; er wolle aber warten, wie sich die Taten zu den Worten verhielten, denn die Geschichte des Versailler Friedensvertrages und dessen Folgen bewiesen, daß in sehr vielen Fällen die Worte der Allierten etwas anderes seien als ihre Taten und daß ihre Entscheidungen in vielen Fällen nur ein feines Papier blieben.

Die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland.

London, 29. Februar.

Der Beschluß der Londoner Konferenz über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu Rußland besagt, daß es sowohl für die wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands als auch der übrigen Welt notwendig sei, daß der Handel zwischen Rußland und dem übrigen Europa wieder aufgenommen werde. Dieser Handel werde soviel als möglich ermutigt werden, ohne daß jedoch die politische Situation gegenüber Sowjetrußland geändert werde. Die Verbindungen zwischen den beiden Ländern zu erhalten und begründen mit Genehmigung der Interzonalen Konferenz, eine Kommission zum Studium der Vor- und Nachteile nach Rußland zu entsenden. Die Verbindungen zwischen den beiden Ländern zu erhalten und begründen mit Genehmigung der Interzonalen Konferenz, eine Kommission zum Studium der Vor- und Nachteile nach Rußland zu entsenden. Die Verbindungen zwischen den beiden Ländern zu erhalten und begründen mit Genehmigung der Interzonalen Konferenz, eine Kommission zum Studium der Vor- und Nachteile nach Rußland zu entsenden.

Der Friede noch nicht effektiv.

Paris, 29. Februar.

In der vorgestrigen Kammerdebatte erklärte Brundage, der Friede sei noch nicht effektiv, man befände sich in einem Zustand zwischen Krieg und Frieden. Deutschland will Zeit gewinnen, um sich zu rächen. Der Friede ist es den Krieg nicht wieder aufnehmen, aber es will nach und nach das verlorene Terrain wiedergewinnen. Frankreich würde in der Welt die erste Rolle spielen. Man müsse ferner betonen, daß ohne Frankreich Deutschland nicht reich gemessen wäre.

Ferner wurde über die Einberufung der Jahresklasse 1920 verhandelt. Der Abgeordnete Joffe erklärte, Deutschland habe einen solchen Anschlag erlitten, daß es nicht an einen Krieg denken könne. Der Sozialist von

Cour verlangte die vollständige Entwaffnung Deutschlands. Solange das französische Heer am Rhein stehe, sei keinerlei Gefahr vorhanden. Die deutsche Armee aber müsse baldigst auf die im Friedensvertrag vorgesehene Stärke zurückgeführt werden.

Die neue Thugutt-Partei.

Nachdem am 15. vorigen Monats in Warschau der Kongreß aller volksparteilichen Gruppen abgehalten wurde, fand am 22. vorigen Monats eine Versammlung der Thugutt-Gruppe statt. Es handelt sich hierbei um die immer mehr ins radikale und sozialistische Fahrwasser geratene Minderheit der bisherigen Thugutt- oder Wyzwolenie-Gruppe. (Letztere Bezeichnung stammt von dem Bresse-Draan der Gruppe.) Die Thugutt-Leute bildeten bisher die Zusammensetzung aller volksparteilichen Elemente Kongreßpolens. Durch die jetzige Spaltung zerfällt die kongreßpolnische Gruppe der Volkspartei (vorwiegend mittlere und kleinere Bauern) in einen gemäßigten und einen radikalen Flügel. Der gemäßigte wird vermutlich nach seinem neuen Organ „Ludowiec“ künftig benannt werden, da das bisherige Organ „Wyzwolenie“ dem radikalen Flügel verbleibt, dessen Führer Thugutt selbst ist. Es kann als sehr möglich angesehen werden, daß die neue radikale Thugutt-Gruppe im polnischen Reichstag sehr vielfach mit den Sozialisten zusammengehen und deren 35 Stimmen durch ihre 16 verstärken wird. Thugutt hat schon in seiner Tätigkeit als Minister des Innern — in der Lubliner provisorischen Regierung vom 7. November 1918 und im Kabinett Moraczewski — den Jorden der polnischen Sozialisten stets sehr nahe gestanden.

Litauen und Polen.

Die Vertreter der Entente wandten sich an die litauische Regierung mit der Anfrage, unter welchen Bedingungen die Litauer einen Vertrag mit Polen aegen die Volschemiki schließen würden. Daraus gab die litauische Regierung folgende Antwort: 1. Die Anerkennung der Unabhängigkeit Litauens mit der Hauptstadt Wilna durch Polen. 2. Litauen und Polen dürfen bei der Festlegung der Grenzen beider Staaten keine militärischen Kräfte benutzen. 3. Alle Streitfragen entscheiden der Völkerverbund. 4. Vor Unterzeichnung des militärischen Vertrages haben die Polen ihre Truppen hinter die erste Demarkationslinie zurückzuführen. Nach der Unterzeichnung aber haben sie die Litauer die nördlichen Gebiete mit Wilna bis zur Düna und die südlichen Gebiete bis Lida zurückzugeben. Das polnische Besatzungsgebiet hat längs der Bahnhöfe Lida-Wilna-Polock zu verlaufen. 5. Polen und Litauen müssen einen Vertrag über die Verwaltung der Gebiete, die in polnischen Händen verbleiben, abschließen.

Aus Danzig.

Danzig, 29. Februar.

Der Oberkommissar für den Freistaat Danzig Reinald Töwer hat ein Streikverbot für alle lebenswichtigen Betriebe erlassen. Es heißt darin: Meine Verwaltung, die nur als eine vorübergehende gedacht ist, legt mir die Pflicht auf, für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Gebiete der freien Stadt Danzig zu wirken. Ich kann nicht zulassen, daß Betriebe, welche für das Leben der gesamten Bevölkerung von größter Wichtigkeit sind, zum Stillstand kommen.

In diesem Sinne verbietet er jede Betätigung durch Wort, Schrift und alle Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, lebenswichtige Betriebe zum Stillstand zu bringen. Zu verstehen seien unter diesen die öffentlichen Verkehrsmittel, die städtischen Krankenhäuser, Schlachthöfe und Viehhöfe, Kanalisationswerke, alle Anlagen und Einrichtungen zur Erzeugung und Fortleitung von Gas, Wasser und Elektrizität und zur Beförderung von Kohlen, sowie landwirtschaftliche Betriebe aller Art. Für Zuwiderhandlung wird Gefängnis, Haft oder Geldstrafe bis zu 15.000 Mark angedroht.

Danzig, 29. Februar.

Die Konstituierung des Staatsrates für die freie Stadt Danzig wird sich Anfang dieser Woche vollziehen. Am Montag wird unter dem Vorsitz des Oberkommissars eine Sitzung stattfinden, in der diese Angelegenheit geregelt wird. Die Danziger Presse macht auf die große Bedeutung des Staatsvertrages zwischen

Danzig und Polen aufmerksam. In der Stadtverordnetenversammlung ist ein Antrag eingegangen, in welchem auf Grund der Äußerungen des Oberkommissars, daß gegenwärtig der polnische Delegierte Dr. Biesiadcki und Sir Reginald Töwer den Danzig-Polen-Vertrag vorbereiten, versucht werde, den Oberkommissar zu bitten, auch Vertreter der Stadt Danzig bei den Verhandlungen mitwirken zu lassen.

Totales.

Lodz, den 2. März.

Die Zwangswirtschaft in Polen.

Am 20. Februar hat der polnische Landtag mit 150 gegen 79 Stimmen den Regierungsentwurf über den Zwangsankauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse fast unverändert in dritter Lesung angenommen. Damit ist, so schreibt das „Polskie Zeszyty“, ein innerpolitisches Akinen zum Abschluß gekommen, das Regierung und Parteien, Presse und Öffentlichkeit mehr als ein Jahr lang immer wieder beschäftigte. Das Problem der Ernährung der städtischen Bevölkerung zu einigermaßen erschwinglichen Preisen sicherzustellen, die trotz des auf dem flachen Lande vorhandenen Lebensmittelmangels teilweise unter ärgerster Knappheit und Mangel litt, ist damit einer Lösung nähergebracht. Schon der erste Mann, der im ersten Kabinett der polnischen Republik unter Moraczewski das dornenreiche Amt des Versorgungsministers bekleidete, Mikulicz, war ein Anhänger der Zwangswirtschaft. Er beachtete, allenfalls das Brotgetreide und die Kartoffeln zu von der Regierung festgesetzten Zwangspreisen in der erforderlichen Menge zu beschaffen und unter Aufschlag der Verwaltungskosten in den Städten zu verteilen. Mikulicz überlebte zwar den Sturm der Regierung Moraczewski und gehörte als tüchtiger Fachmann noch sehr lange dem Kabinett Paderewski an, doch vermochte er bei der Schwäche der einer Zwangswirtschaft freundlichen Kräftepartei im Landtag gegenüber den stark vertretenen Interessen der Großgrundbesitzer und der Bauern seine Pläne nicht zu verwirklichen. Im kritischen Augenblick, als die Frage „Zwangswirtschaft oder Freihandel“ im Landtag auf wurde, trat er zurück und wurde durch den freihändlerischen Minister Sobanski ersetzt. Nur ganz kurz währte dieser Sieg der agrarischen Eigeninteressen. Schon die nächste Aussprache veranlaßte Sobanski zum Rücktritt; ihm folgte Stanislaw Sklinski, der nach Paderewski Rücktritt auch im Kabinett Sklinski das Versorgungsministerium beibehielt. Er ging in der Frage der Zwangswirtschaft einen Mittelweg, der durch die Anpassung der Preise an die in den einzelnen Gegenden verschiedenen Produktionskosten und durch Freilassung der kleinbäuerlichen Wirtschaften von direkten Zwangsmassnahmen eine Mehrheit für sich erreichen konnte, wie die nunmehrige Annahme des Gesetzes erweisen hat. Besonders hervorzuheben verdient, daß entgegen vielfachem Verlangen die Grenze der Wirtschaften, deren Produktion nicht dem Zwangsankauf unterliegt, in den Kommissionsberatungen erheblich heruntergedrückt worden ist. Endlich betrafen 55 zum Umfang von 25 Morgen bleiben in ihrer Produktion von der Zwangsablieferung frei; bei ihnen behält sich die Regierung jedoch das Recht des Stillkaufes vor.

Die Ungleichheit der Uebernahmepreise in den einzelnen Gebieten Polens, die besonders in Großpolen sehr unheimlich empfunden wird, scheint in Rücksicht auf die außerordentlich verschiedenen Feststellungskosten beibehalten zu bleiben, doch hat der Landtag nach der Annahme des Gesetzes die Regierung aufgefordert, für eine den Kosten tatsächlich angemessene Preisfestsetzung Sorge zu tragen.

Erbschaftsteuer. Bei einer der letzten Finanzdebatten im Warschauer Landtag führte, nach dem „Monitor Polski“, Finanzminister Grabski über eine Steueränderung aus: Es handele sich um eine Nachschußsteuer, die nach dem Grade der Verwandtschaft und der Höhe des Nachlasses von drei bis fünfzig vom Hundert abgestuft wird, und diesen Prozentsatz bei großen Vermögen (über zwanzig Millionen) erheblich übersteigt. Die Einnahmen aus dieser Steuer werden auf ungefähr eine halbe Milliarde Mark berechnet.

